



Projektland: Chile

Quartal: Juli bis September 2010

Petition der katholischen Kirche zur Begnadigung von inhaftierten Straftätern

CEP Umfrage

Grubenunglück und Hungerstreik der Mapuches überschatten Feierlichkeiten der 200 Jahre Unabhängigkeit

Sozialstudie Casen 2010

Ratifikation des UNASUR-Vertrags

Distanzierung von der kubanischen Regierung

Innenpolitik

Das Vorhaben der katholischen Kirche Chiles, zur Feier des 200. Jahrestages zur Unabhängigkeit Chiles eine Petition zur Begnadigung von inhaftierten Straftätern an die Regierung zu richten, bestimmte die politische Diskussion des letzten Quartals. Zielgruppe der Initiative waren Gefangene über 70 Jahre, Schwerkranke, physisch und psychisch Behinderte sowie Mütter von minderjährigen Kindern.

Da die katholische Kirche auch die Begnadigung oder einen Straferlass für Militär- und Polizeiangehörige angeregt hatte, die wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen während der Pinochet-Diktatur verurteilt wurden, war die Entscheidung Piñeras von der diesbezüglich gespaltenen chilenischen Gesellschaft mit großer Spannung erwartet worden.

Ende Juli 2010 gab Piñera seine Ablehnung der Initiative bekannt, der lediglich von der Möglichkeit der Prüfung im Einzelfall Gebrauch machen werde. Bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Gewaltverbrechen, Sexualverbrechen gegen Minderjährige oder Drogenhandel lehnte Piñera eine Begnadigung bzw. Strafminderung ab.

Begrüßt wurde die Entscheidung insbesondere von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie der evangelischen Kirche, die im Hinblick auf "extreme Verbrechen gegen die Menschlichkeit" als Alternative ein nationales Rehabilitationsprogramm vorgeschlagen hat.

Für die katholische Kirche in Chile war die Ablehnung der Generalamnestie durch den Präsidenten hingegen ein klarer Verlust ihres bis dahin starken Einflusses in der Öffentlichkeit.

Ende Juli veröffentlichte das renommierte Centro de Estudios Públicos (CEP) eine der bedeutendsten Umfragen Chiles für den Zeitraum zwischen Juni und Juli. Die zwei Umfragenbereiche umfassten die Themengebiete Politik und Wirtschaft.

In Bezug auf Katastrophenmanagement nach dem Erdbeben erhielt Präsident Piñera mit 54% Zustimmung eine bessere Bewertung als seine Vorgängerin mit 48%. Vertrauen in die Person Piñeras hat die Hälfte der Befragten Personen aus der chilenischen Bevölkerung, jedoch weist der Präsident für 54% keine Volksnähe auf. Zudem sollte erwähnt werden, dass Piñera in der Hauptstadt Santiago und in der Metropolitanregion mit 41% Zustimmung schlechter bewertet wurde als im Rest des Landes (48%).

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung beurteilen lediglich 17% der Bevölkerung die ökonomische Situation im Land gut beziehungsweise sehr gut. 51% der Chilenen stellen eine wirtschaftliche Stagnation in ihrem Land fest. Die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde von 32% der Befragten negativ, von 39% positiv beurteilt.

Kurz vor den offiziellen Feierlichkeiten im Monat September ereignete sich ein Unglück im Norden Chiles.

Nach einem Einsturz in der Gold- und Kupfermine „San José“ in der Atacama-Wüste wurden 33 Bergleute in 700 Meter Tiefe verschüttet. Mehrmals trieben Rettungsteams Sonden in die Tiefe, um nach Lebenden zu suchen. Mit jedem weiteren erfolglosen Versuch sank die Zuversicht, die Männer hätten sich nach dem verheerenden Zusammensturz von Stollen in 500 Meter Tiefe in einen Schutzraum flüchten können.

Erst nach 17 langen Tagen des Wartens konnte ganz Chile erleichtert und voller Glück aufatmen: Die achte Sonde stiess auf einen Hohlraum und brachte auf ihrer Rückkehr eine mit rotem Filz auf Papier geschriebene Nachricht ans Tageslicht: „Es geht uns gut im Zufluchtsbunker, die 33“.

Nach weiteren Kontaktaufnahmen per herabgelassener Videokamera und Telefon wurde den Eingeschlossenen erst einmal Wasser, Nahrung sowie Medikamente hinuntergeschickt. Umgekehrt sendeten die Bergleute kurze Nachrichten an ihre Familien nach oben.

Es waren diese bewegenden Nachrichten sowie die Standhaftigkeit der Bergleute angesichts ihrer extremen Situation, die aus dem Drama ein Wunder gemacht haben: Man hätte bei der Kontaktaufnahme allenfalls eine völlig verstörte, verschreckte und nicht mehr voll zurechnungsfähige Gruppe erwartet. Doch die Verschütteten lieferten ein völlig anderes Bild. Die Vorräte wurden streng rationiert, Zonen fürs Schlafen, den Toilettengang und zur Bewegung eingerichtet und zudem Batterien von Bergwerksfahrzeugen zur Lichterzeugung genutzt worden. Trotz geschätzter 27 Grad Raumtemperatur und der staubhaltigen Luft liessen es sich die Bergleute in ihrem Verlies nicht nehmen, beim ersten Kontakt mit der Rettungsmannschaft ein „Viva Chile“ auszurufen und die Nationalhymne anzustimmen.

Die Regierung liess Bohrmaschinen an den Unglücksort bringen, die zu den Eingeschlossenen vordringen sollen. Durch einen 66 Zentimeter breiten Schacht sollen die Bergleute dann einzeln nach oben gezogen werden. Eine Bergung durch die blockierten Minengänge wurde aufgrund der Einsturzgefahr ausgeschlossen.

Ein Bohrkopf und ein Antriebsmotor aus Deutschland sind derzeit in der Mine im Einsatz, um einen Rettungsschacht zu schaffen. Danach wird eine weitere Technik aus Deutschland zum Einsatz kommen: die sogenannte Dahlbusch-Bombe. Mit dieser torpedoartigen Rettungskapsel kann ein Bergmann durch eine relativ dünnen Schacht nach oben gezogen werden. Solch eine Kapsel war 1963 beim Grubenunglück von Lengede im Einsatz.

Das Unglück war das Fanal einer langen Kette von Fahrlässigkeiten des Minenbetreibers und unterlassener Sicherheitskontrollen durch den Staat. Das Dossier über das Minenunternehmen, das dem parlamentarischen Bergbauausschuss nun vorliegt, weist auf eine Reihe von Zwischenfällen, geforderte Gutachten die nie eingereicht und Empfehlungen für Sicherheit und Verstärkung der Felsenfestigkeit, die nicht durchgeführt wurden. Die Bergleute versuchten in den ersten Tagen nach dem Einsturz über einen kaminartigen Ventilationsschacht in die Freiheit zu gelangen. Doch in einer Tiefe von 265 Metern endete plötzlich die Rettungsleiter, die 2007 von der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Bedingung gemacht worden war, die Mine überhaupt wieder zu betreiben. Die Bergleute mussten verbittert wieder umkehren, als dieser letzte Fluchtweg schliesslich vollständig zusammenbrach.

Staatspräsident Piñera erklärte, es müsse „ein Vorher und ein Nachher“ bezüglich des Grubenunglücks geben und forderte eine „Ethik der Verantwortlichkeit“ sowohl bei privaten Firmen als auch staatlichen Stellen. In diesem Zusammenhang hat die Behörde seit August ein Dutzend weitere Minen sperren lassen.

Desweiteren machen sich die ersten politischen Folgen des Unglücks bemerkbar. Bis vor kurzem galt der chilenische Bergbauminister Laurence Golborne nicht gerade als Berühmtheit. Laut der Adimark-Umfrage von Juli kannten nur 16 Prozent der Befragten den Minister. Seit dem Minenunglück zählt er aber zu den populärsten Regierungsvertretern. Fernsehauftritte des 48-Jährigen gehören in Chile mittlerweile zum Alltag. Golborne war sofort nach dem Unglück zu der kleinen Kupfermine in der Atacama-Wüste gereist. Seit dem ersten Tag leitet er die Rettungsaktionen und verbringt dort, wie die Angehörigen der Kumpel, Tag und Nacht. Im Internet werden bereits erste Rufe laut, Golborne solle bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in drei Jahren kandidieren.

In einer Messung von Adimark in der Woche nach der Kontaktaufnahme mit den verschütteten Bergleuten erreichte Golborne überraschende 91 Prozent Zustimmung. Aber auch Präsident Piñera und seine Regierung profitieren vom guten Management des Unglückes: In der Umfrage von August erreicht Piñera 56 (+10) und seine Regierung 55 Prozent (+6) Zustimmung.

Desweiteren wurden die Feierlichkeiten des „Bicentenario“ durch den Hungerstreik von 34 Angehörige der indigenen Volksgruppe „Mapuche“ belastet.

Mitte Juli haben Gefangene der Mapuche in Concepcion einen Hungerstreik begonnen und erklären nach 81 Tagen gewillt zu sein, bis zu den letzten Konsequenzen durchzuhalten. Mehrere Hungerstreikende sind in kritischem Zustand und wurden nach Schwächeanfällen in Krankenhäuser eingeliefert.

Sie geben an, dass sie zu dieser drastischen Maßnahme greifen auf Grund von ungerechten Prozessen, denen sie ausgeliefert sind. Sie klagen an, dass eine überzogene Kampagne gegen die Mapuche losgetreten wurde, die die Medien, die Staatsanwälte und die Politiker dazu bringen, die Mapuche verfrüht zu Taten in der Öffentlichkeit zu verurteilen, die sie nicht begangen hätten.

Die Hungerstreikenden fordern die Nichtanwendung des Anti- Terrorgesetzes und dass die Mapuche nicht mehr vor Militärgerichte gestellt werden sollen. Desweiteren fordern sie die Freiheit für alle „politischen“ gefangenen Mapuche in Chile und die Demilitarisierung der Mapuchesiedlungen, in welchen die Mapuche sich für ihre Rechte einsetzen.

Die Anwendung dieser Gesetzgebung war bereits von den Vereinten Nationen kritisiert worden. Außerdem hatte auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte CIDH (Corte Interamericana de Derechos Humanos) Chile bereits eine Rüge erteilt, weil gegen die Indigenen das Militärrecht angewendet wird.

Als Zeichen der Dialogbereitschaft übermittelte die Regierung in der zweiten Septemberwoche zwei Gesetzentwürfe ans Parlament, um die Zuständigkeit der Militärgerichte nur auf Angehörige der Streitkräfte und Polizei zu beschränken und die im Anti-Terrorgesetz vorgesehenen Strafen für Brandstiftung zu vermindern.

Desweiteren berief Präsident Piñera im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten des Jubiläums einen „Dialogtisch“ („Mesa de Dialogo“), um die historische Schuld des chilenischen Staates mit den Mapuche und andere indigenen Volksgruppen zu behandeln. Die Instanz soll von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche, der Regierung, Bürgerorganisationen sowie von Vertretern der indigenen Volksgruppen gebildet werden.

Sozialpolitik

Die erschreckenden Ergebnisse der Sozialstudie „Casen 2010“, die Mitte Juli veröffentlicht wurde, bestimmen als weiteres wichtiges Thema die aktuelle politische Debatte in Chile. Nach einem systematischen Absinken der Armut in Chile seit der ersten Casen-Erhebung im Jahre 1987 stieg die Armutsrate zwischen 2006 und 2009 von 13,7 auf 15,1 Prozent an. So sind aktuell im Land 2,56 Millionen Menschen von der Armut betroffen, rund 355.000 mehr Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit lediglich 64.134 Pesos (ca. 100 Euro) monatlich bestreiten müssen. Diese Zahl beinhaltet bereits die Anzahl der Obdachlosen, deren Anteil an der Bevölkerung von 3,2 auf 3,7 Prozent anstieg. Diese müssen von weniger als 32.067 Pesos (ca. 50 Euros) pro Monat leben.

Die Meinungen bezüglich der Ursachen für die negativen Ergebnisse sind sehr unterschiedlich.

Die Regierung Piñera erkennt darin die Folge der Sozialpolitik der Concertación-Regierung unter Michelle Bachelet. Diese habe gemäß dem Präsidenten die Sozialausgaben zwar mit guten Absichten um 35% gesteigert. Die Mittel haben die bedürftigen Zielgruppen jedoch aufgrund von Ineffizienz, Korruption und Bürokratie niemals erreicht, was dazu führte, dass weitere 350.000 Menschen in die Armut geraten sind.

Auf der Oppositionsseite bezieht man sich auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, sowie die hohen Lebensmittelpreise, die zwischen 2006 und 2009 dreimal stärker angestiegen sind als die Inflationsrate.

Es sollte ein weiteres Mal betont werden, dass die unverändert hohe Einkommenskluft zwischen dem ärmsten und dem reichsten Bevölkerungsanteil, die zwischen 270 Euros und dem zwölfwachen dessen variiert, mithilfe einer Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen deutlich verringert werden muss.

Als Reaktion auf diese Ergebnisse sind von der Regierung noch in diesem Jahr die Schaffung von 200.000 neuen Arbeitsplätzen sowie die Überprüfung von 300 Sozialprogrammen vorgesehen. Für das nächste Jahr plant der Präsident desweiteren die Einrichtung eines Sozialministeriums sowie eines Sozialtransfers. Mit einem sog. „ethischen Familieneinkommen“ von 250.000 Pesos (ca. 400 Euros) soll ein Beitrag zur Beseitigung der extremen Armut bis spätestens 2014 geleistet werden.

Ob dies zum einen in der Praxis realisiert werden kann bzw. tatsächlich auch zum anderen besonders für kinderreiche Familien ausreicht, bleibt weiter kritisch zu beobachten.¹

Außenpolitik

Der konservative Flügel des chilenischen Parlaments verweigerte auch im letzten Quartal die Ratifikation des UNASUR-Vertrags. Gründe für die Ratifikationsverweigerung zusammen mit den nationalen Parlamenten Brasiliens, Kolumbiens, Paraguays, Surinams sowie Uruguays sind die politischen Uneinigkeiten zwischen den ideologisch verfeindeten Lagern. Diese hatten eine weitere Stagnation des wirtschaftlichen wie auch politischen Integrationsprozesses innerhalb der Region zur Folge.

Aktuell wurde der Vertrag von sechs der zwölf Parlamente in den Mitgliedstaaten ratifiziert.² Für das Inkrafttreten des Vertrags ist jedoch die Ratifikation durch neun von zwölf Parlamenten in den Mitgliedsstaaten nötig.

Mit der Wahl des ehemaligen argentinischen Präsidenten Kirchners zum neuen UNASUR-Generalsekretär im Mai 2010 befürchten Chile, Kolumbien und Peru zudem eine weitere Konsolidierung des wirtschaftlichen und ideologischen Einflusses Venezuelas. Die genannten Regierungen kritisierten insbesondere, dass Kirchner im Zuge der Amtsübernahme seine nationalen Ämter als Abgeordneter und Parteivorsitzender nicht ablegte sowie das Amt zu Wahlkampfzwecken für die argentinischen Präsidentschaftswahlen 2011 instrumentalisiert.

Die Parlamentarier der regierenden konservativen "Alianza por Chile", bestehend aus Renovación Nacional (RN) und Unión Demócrata Independiente (UDI), fordern insbesondere den Miteinbezug einer Klausel in den Vertrag, der die Demokratie und die Meinungsfreiheit in den Mitgliedstaaten garantieren soll.

Das außenpolitische Ziel Piñeras, sich für die Menschenrechte und die Freilassung politischer Gefangener in Kuba einzusetzen, wurde durch eine weitere Distanzierung von der kubanischen Regierung deutlich. So bat der Präsident Anfang Juli den chilenischen Außenminister, Alfredo Moreno um die Einschaltung der Vereinten Nationen im Fall Fariña, um die "traurige Geschichte Orlanda Zapatas nicht zu wiederholen", der im Februar 2010 nach einem Hungerstreik in Haft verstarb, nicht zu wiederholen. Nach der Freilassung von 12 politischen Häftlingen seit Mitte Juli beendete Fariña seinen Hungerstreik von mehr als 130 Tagen. Es wird nun gehofft, dass die kubanische Regierung ihrer Zusicherung der Freilassung der restlichen 40 Dissidenten so bald wie möglich nachkommen wird. Die chilenische Regierung bat offiziell die Aufnahme der freigelassenen Dissidenten an.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: JORGE SANDROCK
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX+49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 30. SEPTEMBER 2010

¹ So geht diese Rechnung bei einer fünfköpfigen Familie von 47.099 (ca. 74 Euro) Pesos monatlich für jedes Familienmitglied aus, was die offizielle Armutsgrenze der Casen-Studie mit 64.134 (ca. 100 Euro) deutlich unterschreitet.

² Hierzu zählen die Parlamente Ekuadors, Venezuelas, Perús, Guyanas, Boliviens sowie Argentinens.